

Wir haben die Parteien,
die wir verdienen

Politik ohne Visionen

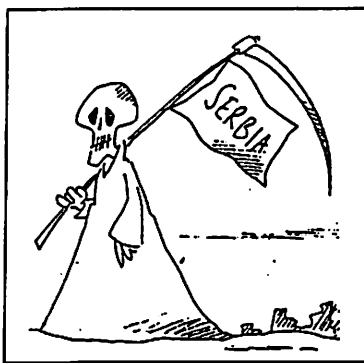
Von Bernd Guggenberger

BIELEFELD. — Die Anzeichen mehren sich, das so erfolgreiche Modell der großen Volkspartei könnte sich als Auslaufmodell entpuppen. Dabei ist das, was als Erklärung für die grassierende „Parteienverdrossenheit“ Schlagzeilen macht — die „Feudalisierung“ des politischen Systems und die Bereitschaft einer parasitären Politikerklasse zur ungeschönten „Vorteilsnahme“ — noch nicht einmal das Entscheidende.

Viel wichtiger ist, daß die Parteien in der Wahrnehmung des Bürgers, vor allem im Hinblick auf ihre Zukunftskompetenz, abgewirtschaftet haben. Während der Systembedarf an Führung dramatisch anwächst, kugeln Parteienvertreter um Pfründen, Posten, Diäten und Ruhegehälter.

Und doch ist das Spielchen, hier der gute Bürger, da die schlechten Parteien, allzu wohlfeil, als daß es überzeugen könnte. Wir haben die Parteien, die wir verdienen. Die von Volksparteien geprägte repräsentative Demokratie beruft nicht die Überdurchschnittlichen zur

Herrschaft, sondern die überdurchschnittlich Durchschnittlichen. Nur wenn wir den (eigenen) Durchschnitt anheben, steigt auch das Niveau des Politischen. Es ist schon so: Wir haben nicht nur mäßige Politiker, die vor der Zu-



Zeichnung: Bas, Tachydromos (Athen),
C&W Syndicate

kunft versagen, wir sind auch ein mäßiges Volk, das sich nur zu gerne versagt.

Vielleicht muß man den politischen Prozeß überhaupt stärker als ein Wechselspiel zwischen Bewegungs- und Gestaltungspolitik beschreiben. Soziale Bewegungen sind „Inhalte ohne Formen“ (Claus Offe) und umgekehrt sind Parteien erstarrte Formen, denen die Botschaft abhanden gekommen ist. In dieser Konstellation aber ist das eine fast so schlimm wie das andere: die Bürger, die nichts sehen oder sich nicht wehren, und die Parteien, die nichts tun.

Gewiß versagen die Parteien, weil sie die vorausschauende Kraft des Politischen ebenso vermissen lassen wie den Mut, dem Bürger das Zumutbare zuzumuten. Hier versagt aber auch der zur politischen Kontrolle berufene Bürger, der den Politikern viel zu selten mit seinen Besorgnissen und Fragen Rechtfertigungszwänge setzt.

Welche Chancen einer politisch motivierenden Neuorientierung hätte hier das Ende des Kalten Krieges den Parteien eröffnen können! Doch statt einer Welle des Aufbruchs erleben wir nur schwarze Resignation und Katzenjammer. Wenn es so etwas gibt wie eine stimmungspolitische Verantwortung der Parteien, haben sie nie mehr versagt als in den letzten zweieinhalb Jahren.

Ohne Visionen ist auf den Trümmern der zerborstenen Blöcke die neue eine Welt nicht zu errichten. Wir alle — die Macher wie die Konsumenten der Politik — fühlen uns von den Problemen heillos überfordert. Es fehlt der Strahlpunkt, von dem her die Politik, jenseits drohender Krisen und Katastrophen, sich wieder zum gestaltbaren Kosmos fügte, mit eigenen Gravitationsgesetzen für wichtig und zweitwichtig, für sofort und später.

■ Bernd Guggenberger ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Deutschen Instituts für angewandte Sozialphilosophie in Bergisch-Gladbach.

~~Bernd Guggenberger
Deutsches Institut für ange-
wandte Sozialphilosophie
5060 Bergisch Gladbach~~

Albert Reinhardt
Zempiner Steig 10
1 Berlin 27

Tel.: 030/4362974

Berlin, den 17.6.92

Visionen über Politik - (wie wir die Parteien schaffen, die uns dienen)

Sehr geehrter Herr Guggenberger,

Ihren Artikel aus "Die Zeit" vom 12.6.92 habe ich mit großem Interesse und Zustimmung gelesen. Ich möchte jedoch insofern Bedenken anmelden, daß er m. E. nach genauso gut auf die Zeit von 1932/33 gepaßt hätte. Um diesem ungunstigen Gefühl etwas entgegenzuwirken, möchte ich Sie auf konzeptionelle Überlegungen aufmerksam machen, die den von Ihnen beschriebenen Abhängigkeiten und Strukturen etwas entgegengesetzten und von denen ich erwarte, daß sie einen großen "Kreativitätsdruck" auf die bestehenden Parteien ausüben würden.

In Ihrem Artikel fordern Sie: "Nur wenn wir den (eigenen) Durchschnitt anheben, steigt auch das Niveau des Politischen."

Wie der "Durchschnitt" nicht nur angehoben, sondern auch erhoben und darüberhinaus vielleicht sogar einmal über die von Ihnen dargestellten Mißstände erhoben sein könnte, möchte ich versuchen, nun zu erläutern.

Dazu folgendes Regelwerk-konzept:

(für eine neu zu gründende Partei mit den Arbeitstiteln:

1. Stau, "N" (Stimmen aller Unabhängiger, "Nichtwähler") oder
 2. WIP (Wähler-Interessen Partei)
- I. Jeder Wähler wird durch die Wahl dieser Partei gleichzeitig Parteimitglied.

Dies geschieht nachweislich durch vorgezogene "Briefwahlen" auf privater Ebene. Als "Vor-Wahlbüro" dient ein Datenverarbeitungsinstitut, das unter strengster Staats- und parteiunabhängiger Datenschutzkontrolle steht. Lediglich die statistisch ausgewerteten Ergebnisse werden an die Partei weitergegeben. Die erfassten Stimmen gehen anschließend an die zuständigen Zählstellen.

II. Festlegung des Partei-programm-profil

1. Jedem Parteimitglied stehen z.B. 8 Profil-stimmen zur Verteilung auf unterschiedliche Sachgebiete zu.
2. Mit bis zu 3 Stimmen pro Sachgebiet kann das Mitglied seine Interessensgebiete gewichten und damit das Partei-programm-profil mitbestimmen (z B 3Stimmen "Umweltschutz", 2 Stimmen "Frauen", 1 Stimme "Wohnungsbau", 2 Stimmen "Arbeit").

III. "Macht"-Verteilung

1. Entsprechend der prozentualen Verteilung der Profil-Stimmen werden die Plätze in den "Arbeitsausschüssen" der Partei verteilt.
2. Alle Vertreter der "Arbeitsausschüsse" zusammen bilden das oberste Gremium, das "Partei-Plenum".
3. Der größte Arbeitsausschuß schlägt den Vorsitzenden vor.
4. Die Regulierung der parteiinternen Interessen ließe sich z.B. nach der Geschäftsordnung des Bundestages festlegen.

IV. "Nach-Frage-Wahl"

Auch außerhalb der regulären Wahlen ist eine Beteiligung der Parteimitglieder in Form von Meinungsbefragungen vorzusehen. Als Medium könnte eine Parteizeitung ("Die 2.Meinung") dienen, in welcher sich die Parteimitglieder ^{1)✓} in kurzen leserbriefartigen Stellungnahmen, Artikeln sowohl ihre pro- oder kontra Positionen wie auch eigene Lösungsvorschläge gegenseitig mitteilen könnten. In der Anlage dieser Zeitung befindet sich ein maschinenlesbarer Fragebogen, mit Hilfe dessen jedes Parteimitglied seinen Beitrag zum Gesamtmeinungsbild leisten kann.

1) (oder Experten)

Die gleichberechtigte Mitgliedschaft von Ausländern sollte in der Parteisatzung fixiert sein. Über ein "gerechtes" und praktikables Aufnahmeverfahren müßte noch nachgedacht werden (am besten von diesen selbst), da sie ja (noch!) nicht wie die Deutschen durch "Briefwahl" beitreten könnten.

"Der Weg ist das Ziel" (Tao)

(oder der Beginn der Aufklärung)

Im Zusammenhang mit den hier umrissenen Vorstellungen stünde wohl zunächst noch die Frage offen, wie denn die Realisierung auf den Weg gebracht werden könnte (wenn man dieses Ziel hat). Eine Entscheidung für oder gegen einen solchen Vorschlag sollte in Anlehnung an die ihm entsprechenden Entscheidungsstrukturen gefällt werden (öffentliche Diskussion über Pro- und Contra-Szenarien, Experten-Hearing, Abstimmen eines Meinungsbildes, u.ä.).

Der Stand der Kommunikations- und Informationsverarbeitungstechniken eröffnet uns Bürgern die Möglichkeit zu mehr direkter Demokratie. Die Inanspruchnahme von Rechten, die unser Grundgesetz dem Bürger als eigentlichen "Souverän" zuerkennt, werden bisher verhindert, da die "Wahrnehmung" dieser Rechte nicht den Mythos des "Bürgervertreters" und das Tabu der Macht(erhaltungs)-strukturen durchdringt.

In dem Maße, in dem der Bürger mehr seiner "Macht" und damit auch seiner Verantwortung zurückbekommt, entläßt er die Politiker aus ihrer "mysthischen" Doppelrolle zwischen "Hohem-Priester" und (potentiellem) "Opfer".

Durch die Umsetzung meines Vorschlages würde Politik weniger "schicksalhaft", dafür jedoch rationaler und sachproblemorientierter als wir dies heute kennen und gewohnt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Reinhardt

Verteiler: "Die Zeit" Redaktion: Herrn G. Hofmann, Herrn W. Perger
Herrn Bundespräsident Richard von Weizsäcker